

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Einleitung	19
1. Teil:	
Geschichtliche Entwicklung der Vereinigungsfreiheit	22
A. Die Geschichtliche Entwicklung der Vereinigungsfreiheit in Deutschland	22
I. Die Anfänge des Vereinswesens	22
II. Die Entwicklung ab dem Preußischen Allgemeinen Landrecht von 1794	23
III. Die Entwicklung ab der Revolution von 1848	29
IV. Die Entwicklung ab dem Reichsvereinsgesetz von 1908	34
V. Die Entwicklung ab der Revolution von 1918	36
VI. Die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg	40
B. Die Geschichtliche Entwicklung der Vereinigungsfreiheit in Frankreich	42
I. Die Anfänge des Vereinswesens	42
II. Die Entwicklung ab der Revolution von 1789	43
III. Die Entwicklung ab der Revolution von 1848	50
IV. Die Entwicklung ab der III. Republik von 1870	53
C. Vergleich der geschichtlichen Entwicklung der Vereinigungsfreiheit in Deutschland und in Frankreich	59
2. Teil:	
Träger des Rechtes der Vereinigungsfreiheit	62
A. Träger des Rechtes der Vereinigungsfreiheit in Deutschland	62

I. Grundrechtsfähigkeit	62
1. Art. 9 Abs. I GG als »Deutschenrecht«	62
2. Juristische Personen	65
II. Grundrechtsmündigkeit	69
B. Träger des Rechtes der Vereinigungsfreiheit in Frankreich	70
I. Natürliche Personen	70
II. Ausländer als Träger des Rechtes der Vereinigungsfreiheit	72
III. Juristische Personen	75
C. Vergleich der Träger des Rechtes der Vereinigungsfreiheit in Deutschland und in Frankreich	76
3. Teil:	
Die positive allgemeine Vereinigungsfreiheit	80
A. Die positive allgemeine Vereinigungsfreiheit in Deutschland	80
I. Der Begriff der Vereinigung in Deutschland	80
1. Erstes Wesensmerkmal der deutschen Vereinigung: Ein Personenverband	81
2. Zweites Wesensmerkmal der deutschen Vereinigung: Die Dauerhaftigkeit	83
3. Drittes Wesensmerkmal der deutschen Vereinigung: Die Freiwilligkeit	83
4. Viertes Wesensmerkmal der deutschen Vereinigung: Der gemeinsame Zweck	84
5. Fünftes Wesensmerkmal der deutschen Vereinigung: Die organisierte Willensbildung	85
6. Anmerkungen zu den Wesensmerkmalen der deutschen Vereinigung	85
7. Besondere Vereinigungen	86
II. Inhalte der positiven allgemeinen Vereinigungsfreiheit in Deutschland	87
III. Wesensgehaltsgarantie	91
IV. Die Europäische Menschenrechtskonvention in Deutschland	91
B. Die positive allgemeine Vereinigungsfreiheit in Frankreich	94
I. Der Begriff der Vereinigung in Frankreich	94

1. Erstes Wesensmerkmal der französischen Vereinigung: Vertrag zwischen zwei oder mehr Personen	95
2. Zweites Wesensmerkmal der französischen Vereinigung: Die Einbringung	95
3. Drittes Wesensmerkmal der französischen Vereinigung: Die Dauerhaftigkeit	96
4. Viertes Wesensmerkmal der französischen Vereinigung: Keine Gewinnaufteilung als Vereinsziel	97
5. Fünftes Wesensmerkmal der französischen Vereinigung: Die Gleichheit	99
6. Nicht als »Association« i.S.d. Gesetzes von 1901 geltende Personenmehrheiten	100
II. Die unterschiedlichen Arten von »Associations« nach dem Gesetz von 1901	104
1. Die »Association non déclarée« (die nichtangemeldete Vereinigung / auch »Association de fait« oder »Association simple« genannt)	105
2. »Die Association déclarée« (die angemeldete Vereinigung)	108
3. Die »Association reconnue d'utilité publique« (die als ge- meinnützig anerkannte Vereinigung)	111
III. Die Entwicklung der Rechtsprechung	113
IV. Inhalte der positiven allgemeinen Vereinigungsfreiheit in Frankreich	119
V. Die Kongregationen nach dem Gesetz von 1901	125
VI. Wesensgehaltsgarantie	128
VII. Die Europäische Menschenrechtskonvention in Frankreich	129
C. Vergleich der positiven allgemeinen Vereinigungsfreiheit in Deutschland und in Frankreich	129
 4. TEIL:	
Einschränkungen der positiven allgemeinen Vereinigungsfreiheit	148
A. Einschränkungen der positiven allgemeinen Vereinigungsfreiheit in Deutschland	148
I. Einschränkungen der kollektiven positiven Vereinigungsfreiheit in Deutschland (Auflösung einer Vereinigung)	148
1. Erster Auflösungsgrund: Zwecke oder Tätigkeit der Vereini- gung laufen den Strafgesetzen zuwider	150

2. Zweiter Auflösungsgrund: Zwecke oder Tätigkeit der Vereinigung richten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung	151
3. Dritter Auflösungsgrund: Zwecke oder Tätigkeit der Vereinigung richten sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung	154
4. Abschließende Aufzählung von Verbotsgründen	155
5. Verfahren und Wirkung der Vereinigungsauflösung	158
II. Einschränkungen der individuellen positiven Vereinigungsfreiheit in Deutschland	161
1. Sonderrechtsverhältnisse	161
2. Die Verwirkung von Grundrechten nach Art. 18 GG	164
III. Strafrechtliche Sanktionen bei Aufrechterhaltung einer aufgelösten Vereinigung	171
B. Einschränkungen der positiven allgemeinen Vereinigungsfreiheit in Frankreich	172
I. Einschränkungen der kollektiven positiven Vereinigungsfreiheit in Frankreich (Auflösung einer Vereinigung)	172
1. Gerichtliche Auflösung einer Vereinigung in Frankreich	175
a. Zivilgerichtliche Auflösung einer Vereinigung in Frankreich	175
aa. Unstatthafter Gegenstand der Vereinigung	175
aaa. Der Gegenstand verstößt gegen die Gesetze	177
bbb. Verstoß des Vereinszieles gegen die guten Sitten	178
ccc. Angriff auf die Integrität des nationalen Territoriums und auf die republikanische Form der Regierung	179
bb. Verstoß gegen Artikel 5 des Gesetzes von 1901	180
cc. Auflösung aus gewichtigen Gründen	181
b. Strafgerichtliche Auflösung einer Vereinigung in Frankreich	182
2. Administrative Auflösung einer Vereinigung in Frankreich	185
a. Administrative Auflösung einer Vereinigung aufgrund des Gesetzes von 1936	186
aa. 1. Fallgruppe	187
bb. 2. Fallgruppe	187
cc. 3. Fallgruppe	188
dd. 4. Fallgruppe	189
ee. 5. Fallgruppe	189
ff. 6. Fallgruppe	189
gg. 7. Fallgruppe	190
b. Administrative Auflösung einer Vereinigung nach der Ordonnanz von 1943	190

3. Gesetzliche Auflösung einer Vereinigung	192
4. Verfahren der Auflösung einer Vereinigung in Frankreich	193
a. Verfahren der zivilgerichtlichen Auflösung einer Vereinigung	193
aa. Verfahren der zivilgerichtlichen Auflösung einer Vereinigung aufgrund des Vereinigungsgegenstandes (Art. 3 i.V.m. Art. 7 des Gesetzes von 1901)	194
bb. Verfahren der zivilgerichtlichen Auflösung einer Vereinigung aufgrund eines Verstoßes gegen Art. 5 des Gesetzes von 1901	195
cc. Verfahren der zivilgerichtlichen Auflösung einer Vereinigung aus gewichtigen Gründen	196
b. Verfahren der administrativen Auflösung einer Vereinigung	196
5. Rechtsbehelfe gegen die Auflösungsentscheidung	196
6. Strafrechtliche Sanktion bei Aufrechterhaltung einer aufgelösten Vereinigung	198
II. Einschränkungen der individuellen positiven Vereinigungsfreiheit in Frankreich	199
C. Vergleich der Einschränkungen der positiven allgemeinen Vereinigungsfreiheit in Deutschland und in Frankreich	200
5. Teil:	
Die negative allgemeine Vereinigungsfreiheit	213
A. Die negative allgemeine Vereinigungsfreiheit in Deutschland	213
I. Die individuelle negative Vereinigungsfreiheit	213
II. Die kollektive negative Vereinigungsfreiheit	216
B. Die negative allgemeine Vereinigungsfreiheit in Frankreich	218
I. Garantien der negativen Vereinigungsfreiheit	218
1. Die individuelle negative Vereinigungsfreiheit	218
2. Die kollektive negative Vereinigungsfreiheit	219
II. Beschränkungen der negativen Vereinigungsfreiheit	221
1. Beschränkungen der individuellen negativen Vereinigungsfreiheit	221
a. Zwangsmitgliedschaften	221
b. Berufsständische Vereinigungen	224
2. Beschränkungen der kollektiven negativen Vereinigungsfreiheit	226

a.	Beschränkungen der kollektiven negativen Vereinigungsfreiheit für obligatorische Vereinigungen	226
b.	Beschränkungen der kollektiven negativen Vereinigungsfreiheit durch obligatorische Aufnahme eines Mitgliedes wegen Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe	226
c.	Beschränkungen der kollektiven negativen Vereinigungsfreiheit durch die obligatorische Aufnahme von Repräsentanten einer öffentlichen Kollektivität	227
d.	Beschränkungen der kollektiven negativen Vereinigungsfreiheit der Selbstauflösung einer Vereinigung	227
III.	Aktuelle Rechtsprechung	228
1.	Rechtsprechung zu den Associations communales de chasse agréées	228
a.	Rechtlicher Rahmen einer Association communale de chasse agréée	228
b.	Entwicklung der Rechtsprechung bis zu der Entscheidung des EuGHMR im Fall Chassagnou	229
c.	Die Entscheidung des EuGHMR im Fall Chassagnou	235
d.	Entscheidungen französischer Gerichte nach der Entscheidung des EuGHMR im Fall Chassagnou	237
2.	Rechtsprechung zu anderen Vereinigungen nach der Entscheidung des EuGHMR im Fall Chassagnou	237
C.	Vergleich der negativen allgemeinen Vereinigungsfreiheit in Deutschland und in Frankreich	241
6. Teil:		
Das Droit local in Elsaß-Lothringen		248
A.	Entstehung des Droit local (im allgemeinen)	248
B.	Bestimmung des in Elsaß-Lothringen anwendbaren Rechtes	251
C.	Entstehung des »Droit local der Vereinigungen«	252
D.	Vereinheitlichungsversuche und Modernisierung	256
E.	Die Vereinigungsfreiheit in Elsaß-Lothringen (bis zum Gesetz vom 1. August 2003 und danach)	258
I.	Träger des Rechtes der Vereinigungsfreiheit in Elsaß-Lothringen	259
II.	Definition der Vereinigung in Elsaß-Lothringen	259

III. Das Prinzip der Vereinigungsfreiheit in Elsaß-Lothringen	261
IV. Der nichteingetragene Verein nach dem Droit local	262
V. Der eingetragene Verein nach dem Droit local	265
VI. Der Verein mit anerkannter Gemeinnützigkeit nach dem Droit local	267
F. Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit nach dem Droit local	268
I. Die Auflösung einer Vereinigung	268
II. Andere Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit nach dem Droit local	268
III. Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit für besondere Vereinigungen	269
IV. Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit bezüglich der Rechtsfähigkeit	270
1. Die Kontrolle vor Erlangung der Rechtsfähigkeit	271
a. Gerichtliche Kontrolle anläßlich der Eintragung	271
b. Kontrolle durch die Verwaltung	273
aa. Ablehnungsgrund des illegalen Vereins	273
bb. Ablehnungsgrund des politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zieles des Vereins	274
cc. Ablehnungsgrund des Vereinszweckes der Beeinträchtigung der Integrität des Territoriums oder der republikanischen Form der Regierung	276
dd. Modalitäten der vorherigen Ablehnung durch die Verwaltung	276
2. Der Entzug der Rechtsfähigkeit (Nachträgliche Kontrolle)	277
a. Der Entzug der Rechtsfähigkeit durch ein Zivilgericht	277
b. Der Entzug der Rechtsfähigkeit durch die Verwaltungsbehörde	278
aa. Der Verein gefährdet das Gemeinwohl	279
bb. Nichtrespektierung der Satzungsziele durch einen Verein, dessen Rechtsfähigkeit auf Verleihung beruht	279
3. Beurteilung der Verfassungsmäßigkeit der öffentlichen Kontrolle	280
G. Ergebnis zum Droit local in Elsaß-Lothringen	289
Endergebnis	291

Annex	
Loi du 1er juillet 1901	303
Décret du 16 juillet 1901	314
Liste der Kongregationen	326
Literaturverzeichnis	341